

Ombudsman für Kinder und Jugendliche gibt
Empfehlungen heraus, um Kinder in Institutionen
besser zu schützen

„Schulen müssen ein sicherer Ort sein“



Gewalt von Lehrkräften gegen Schüler ist tabubehaftet. Es wird wenig thematisiert und wissenschaftlich kaum untersucht, sagt der Kinderrechtsbeauftragte Charel Schmit. Foto: Getty Images

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Kinder und Jugendliche müssen besser vor Gewalt geschützt werden – vor allen Formen von Gewalt. Das betrifft im Besonderen die Institutionen. „Die Institution Schule sowie alle anderen Institutionen, denen Minderjährige anvertraut sind, sind verpflichtet, sich die nötigen Mittel zu geben, um das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Schutz sicherzustellen“, sagte der Kinderrechtsbeauftragte Charel Schmit gestern bei einer Pressekonferenz.

Der Ombudsman für Kinder und Jugendliche (OKaJu) hat dazu eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet – dies vor dem Hintergrund mehrerer Vorfälle von

sexualisierter Gewalt in Schulen, die in den vergangenen Monaten in den Fokus der Öffentlichkeit geraten waren. In diesen Fällen geht es um Gewalt durch Lehrkräfte gegen Schülerinnen und Schüler. „Auch uns haben Beschwerden erreicht, deshalb haben wir uns mit dem Thema auseinandergesetzt“, sagte Schmit.

Gewalt durch Lehrer kaum Thema

Das OKaJu hat zunächst geprüft, was es in den Schulen bereits an Instrumentarien gibt, um Schüler vor Gewalt zu schützen und ihre Empfehlungen darauf aufgebaut. „Einige Formen von Gewalt, wie Mobbing und Bullying, werden regelmäßig, auch in Sensibilisierungskampagnen, thematisiert, die sich direkt an die Minderjährigen und ihre Eltern richten“, meinte Schmit. Gewalt oder grenzüberschreitendes Verhalten von Lehrpersonal gegenüber Schülern aber sei tabuisiert, werde länderübergreifend wenig thematisiert und auch kaum studiert. Für die betroffenen Schüler aber habe die Gewaltausübung oft schlimme Folgen: Schulangst, schulischer Misserfolg bis hin zu Schulabbruch.

Prävention, Intervention, Mediation

Die Empfehlungen umfassen drei Themenbereiche. Das OKaJu versteht sie „als Einladung an alle Institutionen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, sich untereinander über ihre Erfahrungen und Aktionen auszutauschen“.

Im Bereich Prävention schlägt das OKaJu vor, einzelne Bestimmungen in der Gesetzgebung klarer zu formulieren. Im Beamten-gesetz werde Mobbing im Zusammenhang mit beruflichen Beziehungen definiert. Das sollte man auch für die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern genauer definieren, meinte Schmit. Er schlug vor, das Bildungsrahmengesetz nachzubessern und einen Deontologiekodex für alle Professionellen, die mit Minderjährigen arbeiten, einzuführen.

Mit Projekten, zum Beispiel im Rahmen des Schulentwicklungsplans, könnten Schulen eine „Kultur des Wohlbefindens“ schaffen. Zudem sollte das Thema verstärkt in der Fortbildung vorkommen und von der Wissenschaft untersucht werden.

Beschwerdemanagement

Schon länger macht sich das OKaJu für den Einsatz eines Child Protection Officer stark – eine Person (oder zwei: Frau und Mann) pro Schule, an die sich die Minderjährigen richten können und die das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen genießt. Der oder die Délégué(e) à la protection de l'enfance sollte partizipativ gewählt werden und unabhängig von der Hierarchie handeln können. „Jede Einrichtung sollte verpflichtet werden, ein solches Beschwerdemanagement zu schaffen“, sagte Schmit. Doch auch ohne gesetzliche Verpflichtung könnten die Schulen einiges auf den Weg bringen.

Beziehungen reparieren

Der dritte Pfeiler ist die Schlichtung, um infolge von Konflikten beschädigte soziale Beziehungen zu reparieren. Das sollte ein fakultatives Angebot sein, das von den Opfern genutzt werden kann, wenn sie das wünschen, aber wozu man sie nicht zwingen dürfe. Auf keinen Fall dürfe das Einwilligen in eine Schlichtung Disziplinarverfahren oder die strafrechtliche Verfolgung von Tätern ersetzen, so Schmit.

Das OKaJu hat die Empfehlungen bereits mit dem Bildungsministerium besprochen und nun auch an die Regionaldirektionen und die Sekundarschulleitungen sowie an die Conférence nationale des élèves luxembourgeois (CNEL) geschickt, „damit sie sich damit auseinandersetzen und darüber beraten können“.